

Antrag L01: Leitantrag

Status:

angenommen

Deine Stadt, Deine Stimme, Keine Spiele

„Eine Chance für Alle“ – so schreiben es 900 Drohnen im Auftrag des Senats bunt in den Abendhimmel über dem Hafen, um für olympische Spiele in Hamburg zu werben. Ein abgehobener Senat wirbt mit unbemannten Flugobjekten für eine abgehobene Idee, die an den realen Bedürfnissen der Menschen völlig vorbei geht. Für alle diejenigen von uns, die auf dem Boden geblieben sind und mit anderen Menschen dieser Stadt für eine Verbesserung ihrer konkreten Lebensbedingungen kämpfen wollen, kann diese viele Millionen Euro teure Bewerbungskampagne für die olympischen Spiele nichts anderes sein als die öffentliche Zurschaustellung eines kompletten Desinteresses an den Problemen dieser Stadt.

Die Ungleichheit in der Stadt nimmt zu. Armut vor allem von älteren Menschen wächst in Hamburg dramatisch. Diese Probleme sind massiv. Und sie werden noch zunehmen, denn die Kürzungswelle im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich kommt gerade erst ins Rollen. Und der Senat ist entweder nicht willens oder nicht in der Lage, der Verwahrlosung der öffentlichen Daseinsvorsorge wirksam etwas entgegenzusetzen. Die Hamburger Bezirke stellen fest, dass sie ihre Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr erfüllen können.

Bereits kurz nach der Bürgerschaftswahl nahm im März 2025 das Dublin-Zentrum in Rahlstedt seinen Betrieb auf, wo Geflüchteten die ohnehin schon niedrigen Leistungen gestrichen und lediglich ein Schlafplatz, Verpflegung und medizinische Notfallversorgung bereitgestellt werden, während sie ohne weitere soziale oder psychologische Betreuungsangebote ihrer Abschiebung harren. Es gibt in Hamburg kaum angemessene Unterkünfte für queere Geflüchtete. Es fehlen 200 Frauenhausplätze und Sozialwohnungen für Frauen. Überhaupt mangelt es in Hamburg an bezahlbarem Wohnraum. Ab dem Sommer trommelte Rotgrün dann gegen eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik durch den Hamburger Zukunftsentscheid und verschleppt auch nach dem Erfolg des Volksentscheids die nötigen Maßnahmen noch weiter. Ende des Jahres deckte Die Linke dann auch noch auf, dass inzwischen mehr als 1.000 unbearbeitete Anzeigen wegen des Verdachts auf Mietwucher bei den Bezirksämtern aufgelaufen sind. Gleichzeitig warnen die Hamburger Hochschulen vor dem finanziellen Kollaps. Und während der Senat damit beschäftigt ist, die Straßensozialarbeit zukünftig deutlich repressiver im Umgang mit Obdachlosen auszurichten, sterben allein im Januar 2026 in Hamburg 18 wohnungslose Menschen. Wenige Wochen später nutzt der Finanzsenator einen Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der für viele Kolleg*innen nicht einmal die Reallohnverluste seit 2019 ausgleichen wird, direkt für die Ankündigung von Haushaltskürzungen im nächsten Jahr. Kürzungen, die die Kinder- und Jugendarbeit bereits jetzt schon zu spüren bekommt. Davon betroffen sind auch Menschen im Bürgergeld sowie die Migrations- und Integrationssozialarbeit, wie kürzlich auf Bundesebene deutlich wurde. Denn auch die Bundesregierung will sparen, allerdings nur bei Integrationskursen, Demokratieprojekten und dem Existenzminimum der Menschen. Für die Aufrüstung hingegen stehen unbegrenzte Mittel zur Verfügung.

In einer Zeit also, in der Hamburg vor enormen Herausforderungen steht und in vielen Themenfeldern etliche Probleme darauf warten, endlich seitens der Politik mit der erforderlichen Aufmerksamkeit sowie den finanziellen und personellen Ressourcen angegangen zu werden, entscheidet sich der Senat dafür, lieber Millionen in eine Hochglanzwerbekampagne für Olympische Spiele zu stecken, deren Erfolg die Stadt und ihre Menschen Milliarden kosten würde. Wir sagen daher: Nein zu Olympia!

Denn die Abstimmung am 31. Mai ist keine Abstimmung über ein Ja oder Nein zum Sport. Es geht darum, ob wir es als Bewohner*innen dieser Stadt zulassen wollen, dass Ressourcen, Flächen und politische

Aufmerksamkeit von den wirklichen Problemfeldern abgezogen und in ein Mega-Event gepumpt werden sollen, von dem am Ende nur wenige profitieren würden. Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Rentner*innen, Menschen mit wenig Geld, Mieter*innen, marginalisierte oder queere Communities und alle, die auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen sind, insbesondere Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans* und agender Personen, hätten das Nachsehen.

Wie alle anderen Bewerberstädte vor ihr verspricht sich auch Hamburg durch die Spiele einen dauerhaften Wachstumseffekt und wirtschaftlichen Profit. Und wie alle anderen Bewerberstädte vor ihr wird sie dieses Versprechen nicht halten.

Der Blick auf vergangene Spiele zeigt: Es wird am Ende im Schnitt doppelt so teuer wie geplant, der Breitensport wird nicht wie erwartet gefördert, und nachhaltig werden nur die deutlich erhöhten Mieten sein. Am Ende ist es das korrupte IOC, das profitiert, nicht die Athlet*innen und schon gar nicht der Breitensport. Alle Risiken verbleiben bei der Ausrichterstadt, das wird vertraglich festgehalten.

Die Geschichte anderer Olympia-Städte zeigt, was folgt: In Paris wurden vor den Spielen 2024 über 12.000 wohnungslose Menschen, Drogenabhängige und Sexarbeiter*innen zwangsweise umgesiedelt, in Atlanta 1996 über 9.000 Obdachlose festgenommen oder mit Bustickets außerhalb der Stadt geschafft - systematische Verdrängung als Methode zur „Säuberung“ des Stadtbilds. Der Zaun am Drop Inn, der entfernte Gabenzaun am Hauptbahnhof oder die Securities getarnt als Sozialraumläufer mit dem Auftrag das Klientel des Drop Inns aus der Sichtbarkeit zu verdrängen, sind frühe Signale dieser Strategie: Wer nicht ins Bild einer weltoffenen Metropole passt, soll unsichtbar werden.

Demokratie heißt Mitbestimmung – nicht Werbekampagne

Die Art und Weise, wie der Senat das Projekt vorantreibt, ist selbst Ausdruck eines Demokratiedefizits. Was als Bürgerbeteiligung geframed wird, ist letztlich eine mit Millionen Euro ausgestattete Marketingveranstaltung. In Intranet und Newsletter wirbt der Senat sogar bei den Kolleg*innen des Öffentlichen Dienstes dafür, sich ehrenamtlich für die Bewerbung zu engagieren, während die Aktivist*innen von NOlympia darum kämpfen mussten, ihre Argumente den Hamburger*innen überhaupt präsentieren zu dürfen. Erfolgreich, denn innerhalb von nur drei Wochen wurden fast 20.000 Unterschriften gesammelt und so der Senat dazu gezwungen, dass mit den Wahlunterlagen nicht nur die Werbebotschaften von Senat und der Mehrheit der Bürgerschaftsfraktionen verschickt werden, sondern auch eine Stellungnahme der Kritiker*innen. Insofern hat Innensenator Andy Grote doch recht, wenn er von den „zusätzlichen positiven Kräfte(n), die Olympia freisetzt“, spricht. Nur eben anders, als er sich das vorgestellt hat.

Wohnen ist keine olympische Disziplin

Wohnen ist ein Grundrecht. Und zwar eines, dass sich immer weniger Menschen leisten können. In den letzten 10 Jahren sind die Angebotsmieten in Hamburg um über 40% gestiegen. Jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Bindung, als neue gebaut werden. Die Menschen warten durchschnittlich länger als drei Monate auf ihren Wohngeldbescheid, für Mietwucher fühlt sich aktuell niemand wirklich zuständig, und die Bekämpfung von Leerstand und Zweckentfremdung bringt die Bezirksämter jetzt bereits an ihre Kapazitätsgrenzen. Keine Mühen werden gescheut, 15.000 Athlet*innen und Betreuende im olympischen Dorf unterzubringen. Auf Wohnraum für die 43.000 Menschen in öffentlichen Unterkünften und fast 4.000 obdachlose Menschen auf Hamburgs Straßen warten wir vergeblich. Hinzu kommt eine ebenfalls sehr hohe Zahl von verdeckt wohnungslosen Menschen, die vorübergehend bei Familie, Bekannten oder Freund*innen unterkommen und so bislang nicht in der veröffentlichten Statistik als obdachlos gezählt werden. All diese Menschen benötigen dringend schnellen Zugang zu bezahlbarem und dauerhaften Wohnraum.

Öffentliche Sportinfrastruktur stärken

Insbesondere in den ärmeren Stadtteilen gibt es Schulen, wo bis zu zwei Drittel der Schüler*innen nach der 4. Klasse kein Seepferdchen haben, denen wir jetzt aber das Schwimmen um Gold schmackhaft machen sollen. Der Senat zeichnet das Bild einer inklusiven Sportstadt mit moderner Infrastruktur. Er verschweigt jedoch, dass zahlreiche der angekündigten Investitionen ohnehin notwendig bis überfällig sind. Sie könnten ohne Olympia schneller, demokratischer und sozial gerecht umgesetzt werden. Andere Investitionen wiederum laufen dem selbst gesteckten Ziel sogar eher entgegen. Wir wollen, dass Menschen gleichberechtigt an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen können. Zur Bewältigung dieser Aufgabe braucht es keine Leuchttürme, sondern Investitionen in die Infrastruktur unserer Quartiere. Wir brauchen ein umfassendes Sanierungsprogramm für Schul- und Vereinssportstätten, kostenfreie und wohnortnahe Sportangebote für Kinder und Jugendliche, den Ausbau von Parks, Grünflächen und frei zugänglichen Bewegungsräumen sowie eine langfristige Förderung des Breitensports.

Klimagerechtigkeit statt Greenwashing

Der Senat behauptet, die Spiele würden „klimaneutral“ geplant. Doch diese Versprechen halten einer nüchternen Prüfung nicht stand. Der Bau neuer Anlagen, umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur, zusätzliche Verkehrsströme und insbesondere internationaler Flugverkehr stehen im direkten Widerspruch zu Hamburgs Klimazielen. Eine Stadt, die Klimaneutralität bis 2040 erreichen will und muss, kann nicht gleichzeitig ein Mega- Event mit massiver globaler Anreise organisieren und so tun, als ließe sich dies durch Kompensationsprojekte ausgleichen, sondern muss ihre finanziellen Mittel in den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur stecken! Laut Bewerbungskonzept des Senats ist Nachhaltigkeit Grundlage städtischen Handelns. Das Nachhaltigste ist es, sich endlich ernsthaft an die Umsetzung des Hamburger Zukunftsentscheid zu machen.

Die Linke sagt Ja zu dieser Stadt und ihren Menschen und kämpft deswegen für ein solidarisches Hamburg. Wir wollen, dass niemand zwischen Mieten, Heizen und Essen wählen muss. Wir wollen, dass gesundheitliche Versorgung allen offensteht, die sie benötigen. Wir wollen, dass Kita und Schule unsere Kinder befähigen und ermutigen, nicht aussieben. Wir wollen Betriebe mit demokratischer Mitbestimmung und guten Löhnen. Und wir wollen einen öffentlichen Raum, wo sich Menschen wieder begegnen können; wo Kunst, Sport, Kultur und sozialer Austausch stattfinden und die Vereinzelung und Vereinsamung zurückdrängen. Die Stadt gehört uns allen, holen wir sie uns zurück!